

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 277—278.

Der *Notenumlauf* stieg im Juni, wiewohl das dritte Preis-Lohn-Abkommen den Bargeldbedarf erhöht hat, nur um 32 Mill. S. Das war hauptsächlich den hohen Eingängen auf den ERP-Konten zu verdanken, welche die immerhin beachtliche Beanspruchung der Notenbank durch die Kreditinstitute und durch öffentliche Stellen weitgehend kompensierten. Die Kreditinstitute hoben rund 8 Mill. S von ihren freien Nationalbank-Girokonten ab und legten der Nationalbank Wiederaufbauwechsel in Höhe von 45 Mill. S¹⁾ und Bundesschatzscheine in Höhe von 48 Mill. S (davon rund 11 Mill. S Schatzscheine nach § 27 Währungsschutzgesetz und rund 37 Mill. S Besatzungskosten-Schatzscheine²⁾) zur Refinanzierung vor. Die öffentlichen Stellen beanspruchten den ungewöhnlich hohen Betrag von 236 Mill. S ihrer Nationalbank-Giroguthaben, da sie nicht nur die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen erhöhten Löhne und Gehälter, sondern auch die Hälfte des 13. Monatsgehaltes auszahlen mußten. Die Gesamt- abhebungen von der Nationalbank (durch Kreditinstitute und öffentliche Stellen) beliefen sich demnach auf 244 Mill. S. Ihnen standen jedoch auf zeitweilig gesperrten Konten verbuchte ERP-Erlöse von 289 Mill. S³⁾ sowie eine Abnahme des Devisenbestandes der Nationalbank von rund 15 Mill. S gegenüber, so daß sich per Saldo nur die oben erwähnte Zunahme des Notenumlaufes von 32 Mill. S ergab.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* erhöhten sich im Mai — trotz der durch das neue Preis-Lohn-Abkommen hervorgerufenen Beunruhigung, die vielfach zu Abhebungen für Angstkäufe geführt haben dürfte — um weitere 142 Mill. S (Gesamtstand Ende Mai 6.708 Mill. S). Die Spareinlagen stiegen um rund 40 Mill. S und die Scheckeinlagen um rund 102 Mill. S. Die weitere Aufwärtsentwicklung der Spareinlagen könnte dadurch beeinträchtigt werden,

¹⁾ Das Wechselkonto nahm nur um 43 Mill. S zu, da der Bestand an rediskontfähigen Handelswechseln um 2 Mill. S vermindert wurde.

²⁾ Bis Ende Juni hat die Nationalbank 925 Mill. S Besatzungskosten-Schatzscheine refinanziert.

³⁾ Ende Juni erreichte das gesperrte Sonderkonto bei der Nationalbank bereits einen Stand von 1.482 Mill. S.

daß Sparkonten zur Zeichnung der mit einer weitaus höheren Verzinsung ausgestatteten Aufbau-Anleihe verwendet werden. Die Umwandlung von Spareinlagen in Stücke der Aufbauanleihe wurde insofern erleichtert, als die Einlagenbesitzer bei Zeichnung der Anleihe nicht an die bestehenden Kündigungsfristen gebunden sind.

Der *Kapitalmarkt* wurde in der Berichtsperiode entscheidend durch die Auflegung der Aufbau-Anleihe beeinflusst, deren Bedingungen und Rückzahlungsmodalitäten⁴⁾ nunmehr bekannt sind. (Lediglich über die Dauer der Zeichnungsfrist sowie über das erwartete Ergebnis wurde noch nichts verlautbart.) Die hohe Realverzinsung der neuen Anleihe, die weit über dem bisherigen Marktzinsfuß auf dem Anleihemarkt liegt, wirkte vor allem auf die *festverzinslichen Werte* kursdrückend; der Kursindex für diese Papiere sank innerhalb von 2 Monaten um 10% (von 94,6 Mitte Mai auf 85,6 Mitte Juli; März 1945 = 100). Die hohe Verzinsung der neuen Anleihe zog auch vom Aktienmarkt die Nachfrage ab. Der *Kursindex von 23 Industrieaktien* erreichte Mitte Juli mit 271,9 (März 1938 = 100) einen neuen Tiefstand. Die Kursverluste erstreckten sich auf sämtliche Industriezweige. Auch günstigere Aussichten für den Abschluß des Staatsvertrages wirkten nicht kursbelebend.

Der Kursverfall der Industrieaktien deutet auf einen engen Zusammenhang zwischen dem Anleihe- und dem Aktienmarkt hin. Das Publikum neigt heute vielfach dazu, Aktien als Ertragspapiere zu kaufen und nicht mehr — wie insbesondere in der ersten Nachkriegszeit — zu Anlage (d. h. Vermögens- oder Substanzerhaltungs- oder Spekulations)zwecken. Die Nachfrage nach Aktien ist jedoch sehr bescheiden, teils weil es an anlagesuchendem Kapital fehlt,

⁴⁾ Die Anleihebedingungen lauten: Nominalverzinsung 5%, Emissionskurs bei Barzahlung 90%, bei Ratenzahlung 92% und bei Verwendung der Reichsanleihe 1938/II 100% des Nominales (25% des Kaufpreises dürfen in Stücken der Reichsanleihe 1938/II erlegt werden, die zum Kurs von 50 verrechnet werden); Kreditinstitute können Bundesschatzscheine zur Anleihezeichnung verwenden. Außerdem wird für die gezeichneten Beträge eine Steueramnestie, jedoch keine Steuererleichterung (die Zinserträge sind einkommensteuerpflichtig und das in Anleihen angelegte Kapitalvermögen steuerpflichtig) gewährt.

teils weil die Gesellschaften ihre Gewinne in der Regel selbst investieren und keine Dividenden ausschütten¹⁾. Infolge der Marktengung ist der Kursdruck besonders stark, wenn neue Papiere mit einer relativ hohen Realverzinsung (wie die neue Aufbau-Anleihe) ausgegeben werden.

Das voraussichtliche Zeichnungsergebnis der neuen Anleihe kann vorläufig noch nicht abgeschätzt werden. Wie man aus der Kursentwicklung der Reichsanleihe 1938/II schließen kann, dürfte die Nachfrage zunächst nur zögernd angelaufen sein und sich erst gegen Ende Juli verstärkt haben (der Kurs für 100 RM Nominale stieg von 10.— am 11. Juli auf 18.— am 25. Juli, liegt aber damit noch immer unter dem Kurs von 25 bis 30, der dem Barzahlungspreis der Aufbauanleihe entspricht). Als Zeichner der Anleihe kommen neben den Kreditinstituten, die eventuell von der ihnen gebotenen Möglichkeit, Schatzscheine gegen die weitaus höher verzinsliche Aufbau-Anleihe auszutauschen, Gebrauch machen werden, vor allem die Besitzer von Reichsanleihen 1938/II in Frage, sowie jene Personen, die den Anforderungen der Steueramnestie zu entsprechen wünschen. Für die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Anleihe ist neben ihrer Verwendung²⁾ entscheidend, ob die Anleihe überwiegend aus neuen Ersparnissen (Verzicht auf die konsumtive Verwendung eines Teiles der laufenden Einkommen) finanziert wird oder ob der Großteil der Zeichner nur bereits bestehende Vermögen in Aufbau-Anleihe umwandelt.

Im ersten Fall findet eine echte Kapitalbildung (Erhöhung der Sparquote) statt, im letzten dagegen handelt es sich nur um eine Umschichtung bestehenden Kapitals zugunsten der öffentlichen Hand (ein bloßer Kapitaltransfer von der privaten zur öffentlichen Wirtschaft läge etwa dann vor, wenn Sparguthaben zur Anleihezeichnung verwendet werden und die Kreditinstitute durch den Abzug flüssiger Mittel zu einer vorsichtigeren Kreditpolitik veranlaßt werden). Soweit die Anleihe aus gehorteten Bargeldbeständen gezeichnet wird (gerade mit dieser Mög-

¹⁾ Das Bestreben der Gesellschaften, Gewinne unter Hintansetzung der Dividendenpolitik im eigenen Betrieb zu investieren, geht hauptsächlich darauf zurück, daß es praktisch ausgeschlossen ist, sich Kapital durch Neuemissionen von Aktien zu beschaffen. (Nicht zuletzt deshalb, weil es bisher an Goldbilanzen fehlt.) Die Selbstfinanzierung wird den Betrieben durch die Bestimmungen des noch in Geltung stehenden deutschen Aktiengesetzes erleichtert, die den Einfluß der Aktionäre auf die Betriebsführung und die Verwendung des Reingewinnes weitgehend ausschalten.

²⁾ Der Ertrag der neuen Aufbau-Anleihe soll teils zur Finanzierung staatlicher Investitionen und teils zur Konsolidierung der schwebenden Staatsschuld verwendet werden.

lichkeit muß infolge der Steueramnestie gerechnet werden), wirkt sie ebenso wie eine zusätzliche Krediterschöpfung.

Die Entwicklung des Kreditvolumens im ersten Quartal 1949

Im ersten Quartal 1949³⁾ haben die von den Kreditinstituten gewährten Kredite wieder bedeutend, nämlich um rund 709 Mill. S zugenommen. Das gesamte Kreditvolumen ist damit bis Ende März 1949 auf rund 4,9 Mrd. S gestiegen. Die Zunahme war trotz der seit Ende 1947 rückläufigen Liquidität der Kreditinstitute fast so groß wie die bisher stärkste Kreditexpansion im vierten Quartal 1948 (770 Mill. S).

Die Struktur der neu eingeräumten Kredite weicht von der bisherigen Kreditstruktur stark ab, da im ersten Quartal 1949 erstmalig die Finanzierung von Rohstofflieferungen im Rahmen des ERP eine größere Rolle spielte. Im Gegensatz zum IV. Quartal 1948, wo noch überwiegend lang- und mittelfristige Kredite gewährt wurden, entfielen im ersten Quartal 1949 408 Mill. S, d. s. 58% der zusätzlich gewährten Kredite auf *kurzfristige* Betriebskredite (bis 3 Monate Laufzeit). Der Gesamtstand der aushaftenden kurzfristigen Kredite erhöhte sich gegenüber Ende 1948 um 45% und sein Anteil an der gesamten Kreditsumme von 22% auf 27%.

Die Rohstofflieferungen aus dem Marshall-Plan wurden zu einem erheblichen Teil durch Kreditgewährung an den Großhandel finanziert. Die dem *Handel und Verkehr* eingeräumten Kredite erhöhten sich daher im ersten Quartal 1949 um 215 Mill. S, während sie im ganzen Jahr 1948 nur um 290 Mill. S zugenommen hatten.

Die *mittelfristigen* Kredite (3 bis 12 Monate), die bisher am stärksten gestiegen waren, nahmen zwar im ersten Quartal noch absolut zu (um 10%), ihr Anteil am gesamten Kreditvolumen verringerte sich jedoch von 29% auf 28%.

Die *langfristigen* Kredite (über 12 Monate) sind auch heute noch am bedeutendsten, obwohl ihr Anteil von 49% (im IV. Quartal 1948) auf 45% im ersten Quartal 1949 zurückging. Die verhältnismäßig geringe Zunahme ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß im ersten Quartal 1949 nur 125 Mill. S Wiederaufbaukredite⁴⁾ gewährt wurden, gegenüber 320 Mill. S im letzten Quartal 1948.

³⁾ Die Kreditstatistik liegt erst für Ende März vor.

⁴⁾ Es handelt sich um Wechselkredite, welche auf Grund der Freigabe von 600 Mill. S aus dem Hilfsfonds im Dezember von der Nationalbank finanziert werden müssen.

Die Nachfrage des Handels und der Industrie nach Rohstoffkrediten konzentrierte sich hauptsächlich auf die *Banken*, die ihre Kredite um 610 Mill. S (86% der gesamten Kreditausweitung) vergrößerten. Ihr Anteil am gesamten Kreditvolumen stieg dementsprechend von 70% auf 72%. Dagegen ging der Anteil der Sparkassen (von 17% auf 16%) sowie der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften als Kreditgeber zurück. Die Großkredite über 50.000 S haben stärker zugenommen als die Klein- und Mittelkredite (der Anteil der Großkredite erhöhte sich von 80% auf 81%).

Da im zweiten Quartal 1949 weitere erhebliche Rohstoffmengen im Rahmen des Marshall-Planes eingeführt wurden, dürfte die Kreditexpansion im großen und ganzen angehalten haben. Die abnehmende Liquidität hat allerdings einzelne Institute bereits zu einer vorsichtigeren Kreditpolitik veranlaßt. Die eben aufgelegte neue Wiederaufbauanleihe wird die Liquidität der Kreditinstitute und damit die Möglichkeit, zusätzliche Kredite zu gewähren, weiter vermindern, da anzunehmen ist, daß ein Teil der bisher kurzfristig angelegten Ersparnisse nunmehr für den Kauf der Anleihe zurückgezogen wird. Dagegen werden die Kreditinstitute aus Liquiditätsgründen kaum ihre restlichen Schatzscheine gegen Anleihe eintauschen. Der Ertrag der Anleihe ist zwar mit über 6% bedeutend größer als der der Schatzscheine, die nur zu 2½% verzinst werden. Diese sind jedoch liquider, da sie von der Nationalbank zum Nominalwert refinanziert werden, während die Anleihe nur zu einem niedrigeren Kurs belehnt werden kann.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 279—281

Die seit 1. Juli geltenden neuen Lohnsteuerbestimmungen haben den Index der *Arbeiternettotariflöhne* um 1% erhöht (von 412,5 auf 416,5; April 1945 = 100)¹⁾. Auch die *Arbeiternettoverdienste* sind im Mai gestiegen, hauptsächlich infolge längerer Arbeitszeiten in der Bauindustrie; ihr Index erhöhte sich von 346,1 auf 349,8 (August 1938 = 100; einschließlich Ernährungsbeihilfen).

Die beträchtlichen Kostenerhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens wirken sich zunehmend auch auf die Preise gewerblicher Güter und Leistungen aus. In vielen noch der Höchstpreisregelung unter-

worfenen Fällen wurden unter Hinweis auf die gestiegenen Kosten Preiserhöhungsanträge eingebracht. Eine Reihe freier und nach fixen Kalkulationsschemen erstellter Preise wurde bereits erhöht. Besonders schwerwiegend sind die Preissteigerungen einiger Schlüsselprodukte, wie Eisen, Baustoffe, Papier, die das gesamte Preisgefüge nachhaltig beeinflussen.

Es ist allerdings sehr fraglich, ob alle durchgeführten und geplanten Preiserhöhungen aufrecht erhalten werden können. Viele Unternehmer, die vorläufig noch ohne Rücksicht auf die Marktlage nach dem „Kostendeckungsprinzip“ kalkulieren, werden sehr bald durch einen rückläufigen Absatz wieder zu Preissenkungen gezwungen werden. Besonders die Preise nachfrageelastischer Güter werden bei freier Konkurrenz stärker zurückgehen, vielfach sogar unter den Stand vor dem Preis-Lohn-Abkommen. In Erkenntnis der beschränkten Nachfrage haben sich viele Unternehmer von vornherein bereit erklärt, die erhöhten Kosten aus ihren Gewinnen zu tragen. Selbst dort, wo höhere Preise linear für die gesamte Branche ohne Rücksicht auf die weite Kostenstreuung festgelegt wurden, verblieben einzelne Betriebe bei ihren alten Preisen. Für alte Lagerbestände sind in einzelnen Branchen sogar Saisonausverkäufe zu bedeutend ermäßigten Preisen vorgesehen (so z. B. in der Schuh- und der Textilbranche, bei Preisermäßigungen bis zu 30%).

Auf die Dauer werden sich höhere Preise — immer vorausgesetzt, daß die Löhne stabil bleiben — nur dort halten können, wo der bisherige Preis noch nicht den Gleichgewichtspreis erreicht hat oder wo durch besondere Unternehmerabreden und Marktbindungen Produktionseinschränkungen durchgesetzt werden können.

Auf den reagiblen freien und schwarzen Märkten waren in der Berichtsperiode nur vereinzelt Preiserhöhungen zu beobachten. Auf einigen Märkten mußten die Preise sogar bedeutend reduziert werden. So sanken von Ende Mai bis Ende Juni die *schwarzen Devisenkurse* um 10%, und auch der *Goldpreis* war bis Mitte Juli rückläufig (—7%). Die *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* blieben insgesamt unverändert (ein geringfügiges Anziehen der Teppichpreise wurde durch die Preisreduktion bei Gold kompensiert). Auch die *schwarzen Nahrungsmittelpreise* veränderten sich nur wenig. Weißes Mehl und Rindfleisch wurden teurer, Zucker und insbesondere Schmalz billiger. Der Abstand zwischen den Durchschnitten der offiziellen und der schwarzen Nahrungsmittelpreise verminderte sich von 70% auf 60% der offiziellen Preise.

¹⁾ Der Index ist für einen verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern berechnet. Für unverheiratete Arbeiter sowie für Arbeiter mit überdurchschnittlichen Löhnen sind die Nettotariflöhne weniger gestiegen.

Die *Lebenshaltungskosten* in Wien nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema standen unter dem Einfluß einiger unmittelbar und mittelbar mit dem dritten Preis-Lohn-Abkommen zusammenhängender Preiserhöhungen (Salz um 100%, Bier um 15%, Schuhe um 11%, Kino um 21%, Brausebäder um 30%, Messerschmiedewaren um 5%, Emailgeschirr um 6% und Papierwaren um 20%¹⁾). Außerdem stieg der Preis für Eier um 5 Groschen. Diesen Preiserhöhungen standen jedoch Preissenkungen für die Genußmittel Kaffee und Tee sowie ein saisonbedingter Rückgang der Gemüse-, Obst- und Kartoffelpreise gegenüber, so daß sich der Index nur um ein zehntel Prozent erhöhte (von 508,3 auf 508,8; April 1945 = 100). Der Abstand zwischen dem Index der Nettotariflöhne und dem Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema verminderte sich, hauptsächlich infolge der leichten Erhöhung der Nettotariflöhne, von 23,2% auf 22,2%.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 282

Die Versorgung mit *rationierten Nahrungsmitteln* war in der 55. Zuteilungsperiode (20. Juni bis 17. Juli) mit Ausnahme von Fleisch befriedigend. Der Anteil der Eigenaufbringung ging bei Mehl saisonbedingt von 32% auf 23%¹⁾ zurück. Der Ausfall konnte jedoch durch ERP-Lieferungen wettgemacht werden.

Dagegen stockte sowohl in Wien als auch in den Bundesländern die *Fleischversorgung*, obwohl der Lebensmittelverteilungsplan nur mit einer geringen Fehlmenge von 85 t gerechnet hatte. In Wien entstand die Versorgungslücke durch die Verzögerung der vorgesehenen ERP-Lieferungen von Rindfleischkonserven sowie von 10.000 Fettschweinen aus Frankreich, während sich in Tirol der Ausfall des mit Italien in Aussicht genommenen Kompensationsgeschäftes von Nutzvieh gegen Schlachtvieh auswirkte, das deshalb nicht zustande kam, weil Österreich saisonbedingt nicht genügend Nutzvieh lieferte. Angesichts der schwierigen Lage wurden 300.000 Dollar für Gefrierfleischimporte aus Frankreich freigegeben. Der Geschäftsabschluß scheiterte jedoch bis-

¹⁾ Bei Papierwaren handelt es sich um eine in vielen Geschäften bereits durchgeführte — provisorische — Erhöhung. Die rückwirkend ab 1. Juni verfügte Erhöhung des Reinigungsgeldes für die Hausbesorger ist noch nicht in Kraft. Für Kernseife wurden die alten Preise eingesetzt, da Seife in dieser Preislage nach wie vor in genügender Menge hergestellt wird.

her an den hohen Preisen. (Die Preisangebote für französisches Gefrierfleisch hochwertiger Qualität liegen weit über den offiziellen Preisen für inländisches Fleisch.)

Infolge des Ausbleibens der erhofften Fleischimporte konnte an die Wiener Verbraucher nur ein Teil der ihnen zustehenden Fleischration ausgegeben werden (am Ende der Zuteilungsperiode waren noch 25% des Bedarfs ungedeckt). In Tirol und Kärnten kauften die Fleischhauer als Ersatz für die ausbleibenden Importe und die unzulänglichen Kontingentablieferungen bei den Bauern Schlachtvieh zu Überpreisen und boten es den Konsumenten zu Preisen an, die um etwa 40% über den amtlichen Höchstpreisen lagen. Dieses Vorgehen stieß allerdings auf den Widerstand der Verbraucher. In Tirol rief der Gewerkschaftsbund die Konsumenten zum Boykott auf, während in Kärnten die Fleischhauer eine behördliche Garantie für die Einhaltung der amtlichen Höchstpreise durch die Bauern verlangte. Die Fleischversorgung zu offiziellen Preisen wird sich jedoch nur dann entscheidend bessern, wenn es gelingt, genügend billige Importe bereitzustellen. Von der Inlandsaufbringung darf kaum eine Erleichterung erwartet werden, da sie in den Sommermonaten stets zurückgeht, heuer deshalb stärker, weil die Produzenten infolge der guten Futtermittelernte ihren Viehbestand aufstocken.

Die *Milchversorgung* hat sich weiter gebessert. Im Mai wurde um 24% mehr als im April abgeliefert. So konnte auch mehr Milch nach Wien geliefert werden; im Juni waren es an einzelnen Tagen über 500.000 Liter. Seit 25. Juni wird an die Normalverbraucher erstmals seit 1939 wöchentlich $\frac{1}{4}$ Liter Konsummilch ausgegeben, die zusammen mit der unregelmäßigen Zuteilung von Topfen bzw. Käse die Qualität des rationierten Nahrungsmittelverbrauches weiter verbessert.

Mit der Aufhebung der Bewirtschaftung einer Reihe von Waren, die von den Konsumenten trotz Rationierung nicht mehr gekauft wurden (Hülsenfrüchte, Haferflocken, Rollgerste, Kartoffelmehl, Trockengemüse, Suppenpulver u. a.), entstand das Problem, wer den Verlust aus den unverkäuflichen Lagervorräten tragen sollte, die sich bei den Lebensmittelhändlern angesammelt hatten. Das Ernährungsministerium hat sich nun bereit erklärt, einzelne dieser Waren zurückzukaufen. Für die anderen Lebensmittel soll später eine Regelung erfolgen.

Auf dem *freien Nahrungsmittelmarkt* nahm das Gemüse- und Obstangebot saisonbedingt zu. Die Zufuhren nach Wien waren im Juni bei Gemüse um 97%, bei Kartoffeln um 118%, bei Obst sogar um

163% höher als im Vormonat und übertrafen zum Teil erheblich das vorjährige Angebot. Dementsprechend sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr weiter gesunken. Nach unvollständigen Meldungen hat der Angebotsdruck im Juli sich weiter verstärkt. Auch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genußmitteln (Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Honig usw.) waren in den letzten Monaten weitere Preisrückgänge zu verzeichnen. Dagegen haben die Eierpreise leicht angezogen (in Wien bis S 1.35 je Stück), da die angekündigten Importe ausgeblieben sind.

Verbraucherpreise einzelner freier Nahrungs- und Genußmittel in Wien im Jahre 1949¹⁾

Warenart	9. bis 15. Mai	6. bis 12. Juni S je kg	4. bis 10. Juli
Schokolade . . .	32— 58	31— 54	29—40
Kakao	25— 48	26— 34	25—32
Kaffee, gebr. . .	28— 70	28— 70	28—64
Tee	34—115	31 ¹ 34—110	31 ¹ 34—80
Rosinen	9 ¹ 80— 13 ¹ 70	6— 14	7 ¹ 25—12
Haselnüsse, ausgelöst . . .	15 ¹ 30— 36 ¹ —	16— 32	.
Mandeln	23— 38	23 ¹ 10— 32	25—32
Honig	25— 43	25— 40	20—40

¹⁾ Nach den Wochenausweisen des Marktamtes der Stadt Wien.

Die Ablieferungen von *Überkontingentgetreide* haben sich bis zur Freigabe der Gerste am 1. Juni bzw. bis zum Inkrafttreten der neuen Brotgetreidepreise am 7. Juni erwartungsgemäß etwas belebt. Vom 23. Mai bis zu den angeführten Zeitpunkten wurden rund 1000 t Gerste und 1700 t Brotgetreide gegenüber nur 800 t Gerste und 1100 t Brotgetreide in den vorhergehenden vier Wochen abgeliefert.

Die *Ablieferungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1948/49* liegen nunmehr vor. Insgesamt wurden 209.530 t Brotgetreide (davon 16.627 t auf das Überkontingent), 37.692 t Gerste (davon 14.430 t auf das Überkontingent), 14.402 t Hafer, 18.478 t Mais und 402.730 t Kartoffeln abgeliefert. Damit

Ablieferung wichtiger Feldfrüchte¹⁾

	1946/47 ²⁾	1947/48 ³⁾ in Tonnen	1948/49 ⁴⁾
Brotgetreide . . .	187.372 ³⁾	162.126	209.530 ⁴⁾
davon Weizen . .		61.919	88.041 ⁴⁾
„ Roggen		100.207	121.489 ⁴⁾
Gerste	26.713	28.700	37.692 ⁴⁾
Hafer	21.782	21.236	14.402
Mais	14.839	17.166	18.478
Kartoffeln	530.753	395.975	402.730 ⁵⁾

¹⁾ Nach Angaben des Getreide- und des Kartoffelwirtschaftsverbandes. — ²⁾ Wirtschaftsjahr Juli bis Juni. —

³⁾ Einschließlich des Notopfers. — ⁴⁾ Gesamtablieferung auf Kontingent und Überkontingent. — ⁵⁾ Ende Mai.

wurden die Kontingente bei Brotgetreide (ohne Überkontingent) zu 84%, bei Gerste (ohne Überkontingent) zu 61%, bei Hafer zu 72%, bei Mais zu 80% und bei Kartoffeln zu 77% erfüllt. Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren sind fast durchwegs beachtliche Fortschritte erzielt worden. Nur die Haferaufbringung ist stark zurückgeblieben, da seit Jänner 1949 gleichzeitig auch ein freier Hafermarkt bestand. An Kartoffeln wurden bis Ende Mai d. J. um 7.000 t mehr als im Vorjahr, dagegen um rund 130.000 t weniger als im Wirtschaftsjahr 1946/47 abgeliefert. Die Ablieferungsergebnisse sind allerdings mit denen der Vorjahre nicht vergleichbar, da die Kartoffeln seit Ende Mai nicht mehr bewirtschaftet sind (die Aufhebung der Bewirtschaftung wurde bereits zu Jahresbeginn angekündigt).

Die Ablieferungskontingente wurden sowohl bei den einzelnen Produkten als auch in den einzelnen Bundesländern sehr verschieden erfüllt. Die regionalen Abweichungen erklären sich teils aus der fehlerhaften Umlegung der Gesamtkontingente auf die einzelnen Bundesländer und teils aus dem Ablieferungsausfall der nicht unter österreichischer Verwaltung stehenden Betriebe.

Die Erfüllung der Kontingente in den einzelnen Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1948/49¹⁾

Bundesland	Brotgetreide Ablieferung ²⁾ in %	Gerste	Hafer	Mais
Wien	111 ¹ 6	62 ¹ 9	75 ¹ 7	77 ¹ 1
Niederösterreich und Randbezirke	84 ¹ 5	55 ¹ 0	63 ¹ 6	54 ¹ 7
Burgenland	73 ¹ 0	62 ¹ 8	139 ¹ 6	131 ¹ 8
Oberösterreich Nord	78 ¹ 2	48 ¹ 3	56 ¹ 8	—
Oberösterreich Süd	88 ¹ 2	87 ¹ 8	77 ¹ 8	—
Salzburg	95 ¹ 1	145 ¹ 0	—	—
Steiermark	79 ¹ 2	127 ¹ 7	99 ¹ 7	73 ¹ 3
Kärnten	87 ¹ 0	76 ¹ 0	79 ¹ 4	32 ¹ 0
Tirol	100 ¹ 0	100 ¹ 0	—	100 ¹ 0
Vorarlberg	—	—	—	100 ¹ 0
Österreich insg. 1948/49	83 ¹ 9	61 ¹ 2	72 ¹ 0	80 ¹ 3
1947/48	67 ¹ 6	63 ¹ 6	60 ¹ 8	74 ¹ 1

¹⁾ Nach den Berichten des Getreidewirtschaftsverbandes; Wirtschaftsjahr 1. Juli 1948 bis 19. Juni 1949. —

²⁾ Nur Ablieferung auf das Kontingent.

Auffallend ist die im Vergleich zum Vorjahr bedeutend höhere Weizenablieferung. Während im Wirtschaftsjahr 1947/48 nur 38% der Brotgetreideablieferungen auf Weizen entfielen, erhöhte sich der Weizenanteil im letzten Jahr infolge der besseren Weizenernte und des relativ konstant bleibenden Weizenverbrauches im Produzentenhaushalt auf 42%.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 282

Das warme und verhältnismäßig trockene Wetter von Anfang Juli begünstigte das Reifen des Getreides, das durch das verhältnismäßig kühle Juniwetter verzögert worden war. Den *Erntearbeiten* stellten sich heuer besondere Schwierigkeiten entgegen. Das „Lagern“ eines Teiles der Frucht erschwerte den Einsatz von Erntemaschinen und die zeitweise unbeständige Witterung in der zweiten Jülilhälfte sowie der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften behinderten vielfach den Schnitt und das Einbringen. Die Ernteverluste (Körnerausfall) waren deshalb heuer größer als sonst. Allenthalben bereitete auch die Unterbringung der an Korn und an Stroh reichen Ernte Schwierigkeiten. Man drosch daher vielfach einen Teil des Getreides am Felde und unmittelbar bei Einbringung der Ernte oder errichtete Mieten im Freien.

Hackfrüchte und Futter stehen weiterhin sehr günstig. Die guten Futter- und Getreideerträge und die voraussichtlich überdurchschnittlichen Hackfrüchteerträge sind — neben einer besseren Düngung — nicht zuletzt der günstigen Verteilung der *Niederschläge* zu verdanken, die sich vorwiegend auf die Monate Mai und Juni konzentrierten¹⁾. Gerade die Frühjahrsniederschläge scheinen — besonders im östlichen Teil Österreichs — für die Höhe der Erträge wichtiger zu sein als die sogenannte Winterfeuchtigkeit. So war das Wirtschaftsjahr 1947/48 weit weniger ertragreich als das Jahr 1948/49, obwohl von November 1947 bis Februar 1948 in Österreich überwiegend 200 % der normalen Niederschläge gegenüber nur 50 % im Jahre 1948/49 fielen²⁾, weil es im Mai 1948 zu trocken war (die höheren Juni-niederschläge kamen für viele Kulturpflanzen schon zu spät).

Niederschläge von März bis Ende Juni 1948 bzw. 1949³⁾

Zeit	Wiener Becken und nördliches Burgenland		Innviertl. (O. U.) u. Salzburger Flachgau		Grazer Becken	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949
	Ø 1881/1930 = 100					
März	81	42	182	106	26	19
April	43	45	40	89	64	63
Mai	40	180	73	216	95	141
Juni	100	91	162	88	165	75
Insgesamt	66	99	110	131	101	82

¹⁾ Nach Angaben der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien.

²⁾ Nur in Vorarlberg und in Teilen Tirols war der Juni relativ trocken.

³⁾ Siehe Nr. 3 der *Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, XXII. Jg. (März 1949), S. 93.

Die Verwendung von *Kunstdünger* war bisher dank relativ niedrigen Dünger-Preisen rentabel. Der Verbrauch an Handelsdünger stieg daher in den letzten Jahren rasch und übertrifft gegenwärtig schon beträchtlich³⁾ den durch hohe Preise gehemmten vorkriegsmäßigen Verbrauch. Infolge der nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen erhöhten Frachtraten und Umsatzsteuersätze werden sich jedoch die Kunstdüngerpreise für Augustbezüge im gewogenen Durchschnitt (siehe Fußnote²⁾ der folgenden Tabelle) voraussichtlich um 10% erhöhen⁴⁾. Der Prozentsatz steigt jedoch infolge der zeitlich gestaffelten Erhöhung der Kalkammonsalpeterpreise bis zum Frühjahr 1950 auf 18%¹⁾ (vorausgesetzt, daß die übrigen Kunstdüngerpreise unverändert bleiben). Obwohl die erhöhten neuen inländischen Verkaufspreise des Großhandels bei den importierten Phosphat- und Kalidüngern noch unter den Importpreisen liegen, befürchtet man, daß sie dennoch den Düngerverbrauch drosseln werden — vor allem, wenn einzelne, nicht mehr preisgeregelt landwirtschaftliche Produkte infolge erhöhten Angebotes oder vermindelter Nachfrage Preiseinbußen erleiden. Dem wirkt allerdings entgegen, daß auf längere Sicht mit steigendem Angebot auf dem Weltmarkt sicherlich auch die Preise für Kunstdünger sinken werden.

Kunstdüngerpreise

Art	Großhandelsabgabepreise				
	1937	Juni 1949	August 1949	Juni 1949	August 1949
	S je 100 kg				
	1937 = 100				
Kalkammonsalpeter (20,5% N) ¹⁾	28·19	70·24	72·38	249·2	256·8
Superphosphat (18% P ₂ O ₅)	12·96	26·28	31·86	202·8	245·8
Thomasphosphat (18% P ₂ O ₅)	11·43	20·88	26·10	182·7	228·3
Kalisalz (40% K ₂ O)	16·00	25·00	28·80	156·3	180·0
Durchschnitt ²⁾				215·3	237·4

¹⁾ In bituminierten Säcken. — ²⁾ Gewogen nach vorkriegsmäßigen Jahres-Verbrauchswerten: Kalkammonsalpeter 51%, Superphosphat 16%, Thomasphosphat 16%, Kalisalz 17% (die Nachfrage konzentriert sich allerdings auf das Frühjahr und den Herbst, bei Kalkammonsalpeter überwiegend auf das Frühjahr).

Die von der österreichischen Stickstoffindustrie für den Herbst 1949 und das Frühjahr 1950 vorläufig festgesetzten inländischen Preise für Kalkammonsalpeter zeigen allerdings noch eine steigende

³⁾ Siehe Nr. 1 und Nr. 4 der *Monatsberichte*, XXII. Jg. (1949), S. 6 f. und S. 137 f.

⁴⁾ Die Preiserhöhungen betragen voraussichtlich bei Kalkammonsalpeter 3 bis 16% (je nach dem Bezugsstermin), bei Superphosphat 21% (von 26·28 auf S 31·86), bei Thomasphosphat 25% (von S 20·88 auf S 26·10) und bei Kalisalz 15% (von S 25 auf S 28·80).

Tendenz. So soll sich der Großhandelspreis für 100 kg Kalkammonsalpeter (in bituminiertem Sack) von S 70·24 im Juli 1949 (249·2% von 1937) monatlich um etwa S 1·50 bis S 81·55 im Frühjahr 1950 (289·3% von 1937) erhöhen¹⁾. Mit dieser Preisstaffelung will man anscheinend die Nachfrage, die sich sonst saisonbedingt im Frühjahr konzentriert, im Interesse einer geregelten Produktion, Lagerhaltung und Verfrachtung gleichmäßig über das Jahr verteilen. Es ist allerdings fraglich, ob die Produzenten angesichts der bestehenden Geldknappheit Vorkäufe in nennenswertem Umfang werden tätigen können.

Die Erzeugerpreise für Frühkartoffeln sind heuer — nach Aufhebung der Preisregelung — bedeutend niedriger als im Vorjahr. Während der amtlich festgesetzte Übernahmepreis bis 31. Juli 1948 S 80— (je 100 kg) betrug, sank heuer der freie Produzentenpreis bis Mitte Juli bereits auf S 37— bis S 40—, hauptsächlich, weil die Nachfrage nach Kartoffeln dank der besseren Versorgung mit anderen Lebensmitteln weitaus niedriger ist als in den Kriegs- und Nachkriegsjahren. Schon die im Juni importierten italienischen Frühkartoffeln konnten nur sehr schleppend abgesetzt werden, so daß noch genug Ware auf den Märkten war, als stoßartig auch größere Mengen aus dem Inland angeboten wurden²⁾.

Die Kartoffel ist das erste landwirtschaftliche Produkt, das nach dem Kriege wieder von Absatzschwierigkeiten bedroht ist. Der inländische Markt wird allerdings dadurch etwas erweitert werden, daß man die Schweinehaltung intensiviert und die volle industrielle Verarbeitung in den Stärkefabriken und Brennereien wieder aufnimmt. Erfahrungsgemäß bleiben jedoch alle Maßnahmen zur Sicherung „kostendeckender“ Kartoffelpreise — selbst bei vollständiger Importsperrung — problematisch, wenn die eigene landwirtschaftliche Produktion den ziemlich unelastischen Inlandsbedarf übersteigt³⁾.

¹⁾ Der Preis soll von S 70·24 im Juli auf S 72·38 im August, S 73·94 im September, S 75·65 im Oktober und S 76·10 im November gesteigert werden. Ursprünglich wollte die österreichische Stickstoffindustrie die aus dem letzten Preis-Lohn-Abkommen resultierenden Kostenerhöhungen zu einem großen Teil bereits durch eine Erhöhung der Herbstpreise kompensieren.

²⁾ Zur Angebotserhöhung trugen besonders die Gutsbetriebe bei, die größere Mengen direkt auf den Wiener Markt brachten.

³⁾ Auch die Verwendung der Kartoffel zur Erzeugung von Kartoffelmehl oder Alkohol ist begrenzt. Vor 1938 konnte die Überproduktion nur dadurch abgesetzt werden, daß man einen Beimischungszwang von Kartoffelmehl zu Weißgebäck und von Kartoffelspiritus zu Benzin einführte. So unausweichlich die Bewirtschaftung in Zeiten der Güternot, so bedenklich der Kaufzwang in Zeiten einer noch

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 283—284

Die vorwiegend saisonbedingten Absatzschwierigkeiten inländischer Braunkohle haben bisher keinen größeren Umfang angenommen, da die Kohlenimporte, vor allem aus Polen und der ČSR stark eingeschränkt wurden. Außerdem erwägt man die Gewährung eines Sommerrabattes für inländische Braunkohle. Da der industrielle Verbrauch inländischer Braunkohle ziemlich unelastisch ist, will man vor allem die Bevorratung von Hausbrand für den Winter steigern.

Bisher waren jedoch die Haushalte mit Einlagerungskäufen sehr zurückhaltend. Vielen ist es aus Raum- und Geldmangel derzeit gar nicht möglich, größere Mengen Brennstoff einzulagern. Außerdem rechnen sie damit, daß sie während der kalten Jahreszeit ihren Bedarf ohnehin laufend in kleineren Mengen befriedigen können. Da es kaum möglich sein wird, die Kohlenimporte im Winter entsprechend der dann höheren Nachfrage zu steigern, könnte leicht wieder ein Kohlenmangel entstehen, der in erster Linie die Versorgung mit Hausbrandkohle trübe.

Die Kohlenimporte sind im Juni auf 375.900 t zurückgegangen. Die Einfuhr aus Polen sank sogar auf weniger als die Hälfte, während sich die Importe aus Deutschland weniger veränderten. Der inländische Bergbau lieferte 137.000 t Kohle. Der österreichischen Wirtschaft standen daher im Juni nur 513.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind um 17% weniger als im Mai. Versorgungsschwierigkeiten traten jedoch nicht ein, da alle Verbrauchergruppen über größere Vorräte verfügen.

Kohleneinfuhr nach Österreich

	Steinkohle	Braunkohle	Koks	Insgesamt ¹⁾
	in Tonnen			
Ø 1937 . . .	221.400	15.431	45.891	275.016
Ø 1948 . . .	325.866	130.229	22.263	413.244
1949 I . . .	348.556	159.848	33.590	462.070
IV . . .	367.060	126.257	23.045	453.233
VI . . .	302.670	95.800	25.334	375.904

¹⁾ Steinkohlenbasis.

Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke hat im Juni um rund 4% gegenüber Mai zugenommen. Sie schwankte aber wegen der unregelmäßigen Niederschläge sehr stark, so daß die Dampfkraftwerke immer sehr bescheidenen Güterversorgung, weil so notwendige und mögliche Anpassungen von vornherein verhindert werden.

noch immer mit einer Erzeugung von 29 Mill. kWh einspringen mußten.

Um vorübergehenden Versorgungsschwierigkeiten zu begegnen, wurde die Stromzuteilung an Ranshofen gekürzt und einige Elektroöfen der Stahlindustrie zeitweise abgeschaltet. Da die Wasserzufuhr aus der Schneesmelze bereits aufgehört hat, ist die weitere Entwicklung der Wasserkraftstromerzeugung von den laufenden Niederschlägen abhängig. Bei trockenem Wetter dürfte es bald notwendig werden, die Dampfkraftwerke wieder stärker heranzuziehen.

Der *Stromverbrauch* hat sich nur geringfügig (von 306,7 Mill. kWh auf 307,4 Mill. kWh) erhöht, während der Export um ungefähr 20 Mill. kWh zugenommen hat und 99 Mill. kWh erreichte.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 285—290

Der *Index der industriellen Produktion* ist von April bis Mai wieder stark gestiegen, nämlich von 115,6 auf 126,0, also um 8%. Daran hatten nahezu alle Industriezweige teil.

Am stärksten war die Zunahme wieder in den *Produktionsmittelindustrien* (Schwerindustrie, Baustoffindustrie, Bergbau, mit Ausnahme des Kohlenbergbaues), deren Index sich um rund 11,5% erhöhte, während der Produktionsindex der *Konsumgüterindustrien* nur um 5,5% stieg.

Die höhere Kapazitätsausnutzung war mit einer nur geringfügigen Erhöhung des Beschäftigtenstandes (um weniger als 1%) möglich, so daß sich die Produktivität von 79,2 auf 85,6% von 1937, also um rund 8% verbesserte.

Im Monat Juni dürfte die Gesamtproduktion nur unbedeutend gestiegen sein, da einige Zweige, darunter die Eisenhüttenindustrie, stärkere Rückgänge gemeldet haben, die vor allem auf größere Maschinenreparaturen und Urlaube zurückgehen.

Im *Bergbau* ist mit Ausnahme des Kohlenbergbaues die Produktion allgemein gestiegen. Der Gesamtindex erhöhte sich von 101 im April (1937 = 100) auf 107 im Mai. Im Juni dürfte diese Leistung außer im Braunkohlenbergbau ungefähr aufrechterhalten worden sein.

Die *Schwerindustrie* verzeichnet im Juni einen beträchtlichen Rückschlag, der auf *Großreparaturen*, vor allem an einer Blockstrecke und im Stahlwerk der Hütte Linz zurückzuführen ist. Auch die starken Schwankungen in der Stromversorgung haben die Stahlerzeugung beeinträchtigt.

Die *Magnesiumindustrie* hat die hohe Produktion der letzten Monate annähernd aufrechterhalten.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

Zeit	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
Ø 1937	32.427	54.143	35.604
Ø 1948	51.101	54.015	32.125
1949 I	60.496	62.906	41.532
III	77.644	71.926	44.541
V	79.045	69.413	47.931
VI	74.148	56.872	40.892

Die *Metallhütten* konnten ihr Erzeugungsprogramm erfüllen, nur die *Aluminiumerzeugung* hat wegen der schwankenden Stromversorgung Schwierigkeiten.

In der *Maschinenindustrie* hat sich der Geschäftsgang belebt. Der seit längerer Zeit laufende Umstellungsprozeß von den nachkriegsbedingten Produktionsprogrammen auf eine solide Friedensfertigung dürfte bald abgeschlossen sein. Die Umstellungsschwierigkeiten waren geringer, als ursprünglich angenommen worden war.

Die *Baumstoffindustrie* hat die Erzeugung in fast allen Sparten stark gesteigert. Der Index erreichte im Mai 161% (April 118%) von 1937.

In der *Papierindustrie* hat sich die Erzeugung von Mai bis Juni wenig verändert. Gleichzeitig haben sich auch die Vorräte an Schleifholz erhöht, da die Lieferungen außerordentlich stark zugenommen haben.

Erzeugung der Papierindustrie

Zeit	Holzschliff	Zellulose in Tonnen	Papier	Pappe
Ø 1937	9.163	25.337	19.345	5.342
Ø 1948	5.801	12.185	15.777	3.810
1949 I	4.509	15.408	16.028	3.304
III	6.449	18.014	19.857	4.141
V	7.963	17.814	18.714	4.918
VI	7.686	18.304	18.365	4.776

Die *Lederindustrie* leidet wieder unter Rohhautmangel. Die Inlandsaufbringung ist in den letzten Monaten stark zurückgegangen, da Preiserhöhungen abgewartet werden.

Die *Schuhindustrie* hat im Monat Mai 341.000 Paar Lederschuhe (einschließlich Sandaletten für Frauen) erzeugt, dürfte aber im Juni wegen Oberledermangels diese Ziffer nicht mehr erreicht haben.

Die *Textilindustrie* meldet weitere Produktionsfortschritte, klagt aber über die geringe Qualität der einlangenden Rohstoffe. Die inländische Zellwolle, deren Erzeugung seit einigen Monaten nahezu unverändert hoch geblieben ist, stellt rund 30% der Textilrohstoffe im Baumwollsektor.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 291

Auf die teilweise durch spekulative Käufe angeregte Umsatzsteigerung vor dem dritten Preis-Lohn-Abkommens folgte im Juni ein schärferer *Umsatzrückgang*. Ein endgültiger Überblick über die Umsatzentwicklung der einzelnen Branchen liegt noch nicht vor. Einzelangaben sowie die für viele Branchen repräsentativen Umsätze der Wiener Warenhäuser zeigen jedoch, daß der Geschäftsrückgang über das saisonübliche Ausmaß hinaus geht. Während der Saisonindex der einzelnen Abteilungen der Warenhäuser im Juni nur um 10 bis 20% zurückgeht, verminderten sich die tatsächlichen Umsätze um nahezu 40%. Die fallende Tendenz der Umsätze ist, abgesehen vom schlechten Juniwetter, das vor allem den Umsatz von Damenkonfektion, Strick- und Wirkwaren (Badeanzüge) und Sportartikeln beeinträchtigte, zweifellos eine Folge des dritten Preis-Lohn-Abkommens. Es läßt sich jedoch noch nicht beurteilen, ob es sich nur um eine vorübergehende Nachfrageschrumpfung als Reaktion auf die erhöhten Käufe im Vormonat handelt, oder ob die mit dem Abkommen verbundene Verschlechterung der Realeinkommen einen dauernden Umsatzrückgang nach sich zieht, der sich vor allem auf die Güter des elastischen Bedarfes konzentrieren würde.

Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser
im Jahre 1949

Monat	Textilien u. Bekleidung	Möbel u. Hausrat	Sonstiges	Insgesamt
	in Prozenten der Vormonatsumsätze			
I	—	—	—	—
II	+ 20	+ 19	+ 14	+ 20
III	+ 51	+ 43	+ 36	+ 49
IV	+ 13	— 4	+ 8	+ 11
V	+ 21	+ 45	+ 19	+ 22
VI	— 38	— 33	— 34	— 38

Bemerkenswert ist, daß die Umsätze von *Textilien und Bekleidungsgegenständen* besonders stark zurückgegangen sind, obwohl man annehmen sollte, daß nur die Ausgaben für die leichter entbehrlichen Güter der Gruppe „Sonstiges“ und für langlebige Konsumgüter, wie Möbel und Hausrat, am meisten eingeschränkt würden. Die Ursache dürfte darin liegen, daß sich die Nachfrage nach Textilien und Bekleidung seit Mitte des vergangenen Jahres besonders stark belebt hat, so daß hier der vordringlichste Bedarf besser als bei anderen Gütern des periodischen Bedarfes gedeckt ist. Außerdem ist die Saisonbewegung in diesen Branchen besonders ausgeprägt.

Die Nachfrage nach *Möbeln und Hausrat* dürfte durch die Ende Mai angelaufene Hausratakion leicht belebt worden sein. Von der für das Jahr 1949 mit 50 Mill. S begrenzten Kredithilfe für Bombengeschädigte sind bis Anfang Juli in ganz Österreich 841 Kreditbriefe mit einer Gesamtsumme von 5 Mill. S bewilligt worden. Da die Kreditbriefe eine Laufzeit von vier Monaten haben, wurde bisher nur ein Teil der Kreditsumme verausgabt. Neuerdings können 10% des Betrages, auf den der Kreditbrief lautet, auch für Anschaffung von Kleidern, Schuhe und Wäsche verwendet werden. Die Hausratakion dürfte die Umsätze jedoch kaum entscheidend beleben, da die für dieses Jahr vorgesehene Kreditsumme kaum mehr als 1% der Vorjahresumsätze von Hausrat und Wohnbedarf sowie Bekleidung und Wäsche beträgt. Ein genauerer Überblick über die Aktion wird erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein.

Saisonbedingt ist die Steigerung der Umsätze im *Obst- und Gemüsehandel*. Die Zufuhren nach Wien erhöhten sich mengenmäßig etwa auf das Doppelte des Vormonats. Die Erlöse dürften jedoch weniger gestiegen sein, da die Preise zurückgingen. Im übrigen Lebensmittelhandel sind nach bisher unvollständigen Meldungen die Umsätze annähernd gleichgeblieben. Eine Nachfragebelebung meldeten die *Tabaktrafiken* als Folge der neuerlichen Ende Juni verfügten Preisermäßigung für Zigaretten, Zigarren und Rauchtabelle.

Die Einnahmen an *Umsatz- und Verbrauchssteuern* im Juni bestätigen die im letzten Bericht aufgezeigte Umsatzbelebung im Mai. Die Eingänge an Umsatzsteuer haben um 10% gegenüber dem Vormonat, die an Verbrauchssteuern um 13% gegenüber April (die Maiziffern können infolge Nachtragsabrechnung der Tabaksteuer nicht unmittelbar zum Vergleich herangezogen werden) zugenommen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 292—296

Die Zahl der *krankenversicherten Personen* hat im Juni 1.933.300 erreicht. Sie ist damit um 18.100 (+ 0,9%) höher als im Mai und um 21.500 (+ 1,1%) höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Den größten Zuwachs verzeichneten saisonabhängige Gewerbe, wie Baugewerbe, Baustoffindustrie, Steinbrüche, private Verkehrs- und Fremdenverkehrsbetriebe.

Im Juni waren bei den Arbeitsämtern insgesamt 80.645 Personen als *Stellensuchende* vorgemerkt (um 10.200 weniger als im Vormonat), gegenüber

40.572 gemeldeten offenen Stellen. Die Zahl der stellensuchenden Stein-, Bau- und Hilfsarbeiter ist — allerdings weniger als im Mai — weiter gesunken.

Der *Lehrstellenmangel* bereitet auch in diesem Sommer wieder große Sorgen. Obwohl die Zahl der beschäftigten Lehrlinge heute fast doppelt so groß ist wie im Jahre 1934 — die damalige Volkszählung zählte 62.105 Lehrlinge, die Beschäftigtenzählung des Sozialministeriums im März 1948 hingegen 120.232 —, ist die Zahl der offenen Lehrstellen zu gering, als daß alle Lernwilligen und Schulentlassenen aufgenommen werden könnten.

Nach wie vor ist die Lage für die weiblichen Lehrstellensuchenden besonders ungünstig. Bei ihnen entfielen im Juni auf eine offene Lehrstelle 5,2 Lehrstellensuchende, während bei den männlichen Lehrstellensuchenden das Verhältnis 1:2,5 war. Der Hauptgrund für die besonders ungünstige Lage der weiblichen Lehrstellensuchenden liegt darin, daß sich die Mädchen nur in wenige Berufe drängen. Im März 1948 waren 84,5% aller weiblichen Lehrlinge in drei Berufsgruppen untergebracht, nämlich im Bekleidungsgewerbe, in den kaufmännischen Berufen und im Friseurgewerbe. In Wien, wo diese Berufe eine größere Rolle spielen, ist daher das Problem der weiblichen Lehrlinge nicht so akut wie in den anderen Bundesländern. Das Verhältnis von weiblichen Lehrstellensuchenden zu offenen Stellen war in Wien im Juni nur 3,1:1, obwohl es gerade in Wien verhältnismäßig viele weibliche Lehrlinge gibt.

Nach der Beschäftigtenzählung vom März 1948 waren in Wien 31,1% aller Lehrlinge Frauen, während in den übrigen Bundesländern dieser Prozentsatz zwischen 25,7% (Salzburg) und 9,7% (Burgenland) schwankte.

Den verschiedenen Vorschlägen, wie man die Lehrstellen vermehren könnte — staatliche Lehrwerkstätten, finanzielle Erleichterungen für Betriebe, die Lehrstellen bereitstellen, u. a. m. —, kommt um so größere Bedeutung zu, als sich die Lehrstellenknappheit zunehmend verschärft. Schon im Jahre 1948 war (nach der Beschäftigtenzählung) die Zahl der Lehrlinge, die im zweiten Lehrjahr standen — die also zwischen April 1946 und März 1947 eingestellt wurden —, mit 44.009 um 1.956 höher als die Zahl der Lehrlinge im ersten Lehrjahr (zwischen April 1947 und März 1948 Eingestellte), obwohl der zweite Jahrgang in der Regel durch die Auflösung von Lehrverhältnissen geringer ist als der erste. Auch die Lehrstellenvermittlungen gehen zurück. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1948 18.182 Lehrstellen vermittelt wurden, waren

es in der gleichen Periode des heurigen Jahres nur 14.296 Lehrstellen, also um 21% weniger.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 297—298

Die Leistungen der Bundesbahnen haben sich im Mai nach einem vorübergehenden Rückgang (die Ursache lag beim Außenhandel) im April wieder etwas erhöht. Im *Güterverkehr* stiegen die gefahrenen Nutzlast-Tonnenkilometer von 561,7 auf 577,6 Mill. Die angespanntere Transportlage ist fast ausschließlich auf die Ein-, Aus- und Durchfuhr zurückzuführen und weniger durch den Binnentransport bedingt. Bei der Einfuhr beanspruchen nach wie vor die ERP-Transporte (Kohle, Weizen, vegetabilische Öle und Fette, Rohzucker) den überwiegenden Teil des Transportraumes, während bei der Ausfuhr Schnittholz, Roheisen und gegen Monatsende Eisenbleche überwogen.

Im *Transit* werden weiterhin größere Mengen von Kohle und Düngemittel aus Polen und der CSR nach Italien transportiert. In umgekehrter Richtung ließen dagegen die Gemüse- und Obsttransporte stark nach, da der Bahntransport teilweise durch Autoverfrachtungen aus Italien nach Polen ersetzt wurde. Im Ost-West-Verkehr blieben auch im Monat Mai die Transporte von Lebendvieh und Geflügel aus Ungarn (nach der Schweiz, Belgien und England) vorherrschend, während in östlicher Richtung Autos und diverse Industriegüter rollten. Die Verkehrseinnahmen aus dem Transit stiegen von 7,2 Mill. auf 8,3 Mill. Schweizer Franken und erreichten fast den höchsten Nachkriegsstand vom Dezember 1948 mit 8,5 Mill. Franken. Auch im Vergleich mit dem Vorjahr ist die Einnahmenerhöhung beachtlich. In den ersten 5 Monaten wurden um 7,4 Mill. Schweizer Franken oder 17% mehr eingenommen als im gleichen Zeitraum 1948.

Verkehrseinnahmen aus dem Transit

Zeit	1948		1949	
	Insges. 1000 Schw. Franken	davon Kohle %	Insges. 1000 Schw. Franken	davon Kohle %
Jänner	6.039	35,2	7.260	31,6
Februar	5.532	27,9	5.803	25,2
März	6.031	19,1	7.861	23,5
April	5.377	24,8	7.156	26,4
Mai	6.073	40,1	8.346	33,1
I.—V.	29.052	29,6	36.426	28,2
Monatsdurchschnitt .	5.810	29,6	7.285	28,2

Der *Personenverkehr* war im Mai rückläufig. Die Zahl der verkauften Fahrkarten sank von 6,1 Mill. auf 5,7 Mill. Stück, obwohl der Beginn der Urlaubszeit bereits in den Mai fällt.

Einnahmen aus dem Reiseverkehr

Monat	Einnahmen ¹⁾			Verkaufte Fahrkarten		
	1948 Jänner 100	1949 = 100	Jän. 1949 = 100	1948 1000 Stück	1949 Stück	1949 in % von Jän. 1948
Jänner . .	100·0	87·8	100·0	5.447	5.359	98·4
Februar . .	92·4	87·2	99·3	5.119	5.475	100·5
März . . .	125·4	93·6	106·7	6.559	5.646	103·7
April . . .	114·3	107·1	122·1	5.494	6.082	111·7
Mai . . .	118·4	99·2	113·0	7.382	5.706	104·8

¹⁾ Personen- und Gepäckverkehr.

Die finanzielle Gebarung war in den ersten 5 Monaten weitaus ungünstiger als im Vorjahr. Die Zahl der verkauften Fahrkarten blieb um fast 2 Mill. Stück zurück und die Einnahmen beliefen sich auf nur 154·2 Mill. S gegen 178·7 Mill. S in der Vergleichszeit.

Der seit 15. Mai geltende *Sommerfahrplan* der Bundesbahnen bringt einige bedeutende Verbesserungen im Reiseverkehr. Neue Schnellzugsverbindungen, Triebwagen, sowie eine beschleunigte Reisedauer sollen insbesondere die Konkurrenzfähigkeit der Bahnen gegenüber dem Straßenverkehr erhöhen.

Am 25. Mai wurde die russische *Warenkontrolle* an der Demarkationslinie bis auf einige Lebensmittel, Schrott von Schwarz- und Buntblechen sowie einige Maschinen aufgehoben.

Der *Donauschiffsverkehr* (Linz—Regensburg) ist im Mai weiter gestiegen. Die ausschließlich aus Kohle bestehenden Talfrachten erreichten 63.655 t (56.282 t im April); bergwärts wurden 15.748 t (7.000 t) Roheisen verschifft. Die Erhöhung der Bergfracht beruht auf einem Kontrakt mit der VÖST über 70.000 t, die bis Ende Juli verfrachtet sein sollten. Die geringeren Entladungen im Linzer Hafen (50.630 t) waren durch vorübergehendes Hochwasser sowie durch Manipulationsschwierigkeiten bei den Roheisenverladungen verursacht. Die Ent- und Beladepkapazität des Linzer Hafens wurde durch zwei weitere Landkräne und einen Schwimmkran von 2.800 t auf 4.500 t erhöht.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 299—300

Im Mai war sowohl die *Ausfuhr* mit 291·3 Mill. Schilling als auch die *Einfuhr* mit 341·0 Mill. S höher als im Vormonat (258·3 Mill. S und 338·7 Mill. S). Da die Ausfuhr viel stärker stieg als die Einfuhr, betrug der Einfuhrüberschuß im Berichtsmonat nur 49·7 Mill. S (gegen 80·3 Mill. S im April).

Da die Absatzverhältnisse einzelner Branchen rasch wechseln und einzelne unregelmäßig anfallende Großgeschäfte nach wie vor die Außenhandelsstruktur entscheidend beeinflussen, schwankt die

Warenzusammensetzung der Ausfuhr oft von Monat zu Monat beträchtlich.

Auf die starke Zunahme der Rohstoffausfuhr im ersten Quartal des laufenden Jahres wurde schon in früheren Heften hingewiesen. Im Jahre 1948 war der Anteil der Rohstoffe und Halbfertigwaren 32% der Gesamtausfuhr, im Jänner 1949 schon 37·9%, im Februar 44·9% und im März 45·2%. Im April sank der Anteil der Rohstoffe zum erstenmal seit Dezember (auf 40·5%), allerdings nur, weil sich die Rohstoffausfuhr stärker verminderte als die Fertigwarenausfuhr.

Die Rohstoffausfuhr sank im April um 25·1 Mill. S, vor allem wegen der geringen Ausfuhr von Roh- und Alteisen (— 12·9 Mill. S) und Papierzeug (— 3·1 Mill. S).

Der Aufschwung im Schnittholzexport, der im Herbst 1948 eingesetzt hatte, hielt hingegen auch im April dieses Jahres noch an. Die Ausfuhrmenge von 55.277 t lag um 22% über dem Durchschnitt des ersten Quartals 1949 und um 143% über dem Jahresdurchschnitt 1948¹⁾.

In letzter Zeit stößt jedoch auch der Holzexport auf wachsende Schwierigkeiten. Die Möglichkeiten, Kompensationswaren, die vielfach gegen Holz eingeführt wurden, im Inland abzusetzen, werden ungünstiger. Auch das Tabakclearing mit der Türkei und Griechenland, das durch die von den Austria-Tabakwerken gezahlten vorteilhaften Preise gute Absatzmöglichkeiten bot, mußte eingeschränkt werden, da die Tabakwerke auf längere Sicht mit Orienttabaken eingedeckt sind. Der Schnittholzexport nach Deutschland hingegen, das vor dem Krieg zu den wichtigsten Abnehmern gehörte, konnte bisher mangels amerikanischer Genehmigung nicht anlaufen. Schließlich begegnet der Holzexport auf allen Märkten der verschärften Konkurrenz der nordischen Länder. Das gilt auch für den Papierexport, der in den letzten Monaten durch die fallende Preistendenz auf den Exportmärkten immer stärker vom Devisengeschäft zum Kompensationsgeschäft gedrängt wurde. Die Abwertung der Finnmark im Juli um 17·7% wird die Konkurrenzschwierigkeiten auf dem Holz- und Papiersektor noch verschärfen.

Es wurde versucht, die Kostenverteuerungen des 3. Preis-Lohn-Abkommens durch Erhöhung der Belassungsquote abzuschwächen. Wo festgefügte Kartelle oder Monopolpositionen bestehen, können

¹⁾ Der Holzexport ist nur infolge der besonders hohen Gewinne bei der Einfuhr einzelner Kompensationswaren wie vor allem Obst und Gemüse aus Italien so stark gestiegen. Die Importgewinne ermöglichten teilweise Exporte zu Preisen, die erheblich unter denen im Inlande lagen.

sie mittels überhöhter Inlandspreise den Export selbst fördern. So wird die eisenschaffende Industrie wieder Exportvergütungen an die eisenverarbeitende Industrie zahlen und auch die Papierindustrie wird einen Teil der Preiserhöhung im Inland zur „Förderung“ des Papierexportes verwenden können.

Die Beseitigung staatlicher Kontrollen, wie die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Lockerung des Außenhandelsverfahrens wirken sich solange nicht exportfördernd aus, als an ihre Stelle privatwirtschaftliche Bindungen und Hemmungen getreten sind¹⁾.

¹⁾ So verteuern z. B. die Gebühren des neuen Holzwirtschaftsrates die Ausfuhr ebenso, wie es die Gebühren der ehemaligen Holzwirtschaftsstelle getan haben. Vor allem aber hat die Praxis, nur eine beschränkte Anzahl privilegierter Firmen zum Export zuzulassen, zur Folge, daß die Exporte anderer Firmen unterbleiben, oder sich verteuern,

Auf der *Einfuhrseite* stiegen die (kommerziellen) Lebensmitteleinfuhren. So wie im vorigen Frühjahr bildeten auch heuer Gemüse, Obst und Südfrüchte den wichtigsten Teil der Nahrungsmiteleinfuhr, wenn auch ihr Anteil von 50,7% in den ersten vier Monaten 1948 auf 40,1% im gleichen Zeitraum 1949 zurückgegangen ist. Auffallend ist die starke Verschiebung von Gemüse zu Südfrüchten, die im Gegensatz zum Vorjahr die Gemüseeinfuhren merklich übersteigen. Sie ist teils auf die reichlichere Gemüseversorgung durch das Inland, und teils auf die noch immer relativ hohen Gewinne zurückzuführen, die bei Kompensationseinfuhren von ausländischem Obst verdient werden.

da sie über die privilegierten Firmen durchgeführt werden müssen, die am Gewinn partizipieren. Hemmnisse im Außenhandel durch Kartelle machen sich auch in anderen Branchen bemerkbar und gefährden die Verbreiterung der Exportmärkte und damit der Ausfuhren.